



---

STADT MEERBUSCH

# **Beteiligungsbericht für das Jahr 2007**





Bericht  
über die Beteiligungen  
der Stadt Meerbusch  
an Unternehmen und Einrichtungen  
des privaten Rechts

(Berichtszeitraum 01.01.2007 - 31.12.2007)

Meerbusch, den 5. Dezember 2008

Dieter Spindler  
Bürgermeister



## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort / Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch	1
<b>Rechtliche Grundlagen</b>	
Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	2 - 4
Vertretung in den Gremien der Unternehmen	5
Rechte der kommunalen Gesellschafter	5 - 6
Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes	6
<b>Beteiligungen der Stadt Meerbusch</b>	
wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	9 - 16
WNO - Wassernetz Osterath GmbH	17 - 21
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	23 - 26
GWG - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	27 - 38
Bauverein Meerbusch eG	39 - 41
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KH	43 - 44
IT-Kooperation Rheinland	45 – 51



## Vorwort

§ 112 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) verpflichtet die Gemeinden zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks der kommunalen Beteiligung, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften enthalten.

Der Beteiligungsbericht umfasst die Beteiligungen der Stadt Meerbusch nach dem Stand zum 31.12.2007. Hinsichtlich der Kreisverkehrsgesellschaft liegt bislang lediglich der Jahresabschluss für 2005 vor.

Der erste Bericht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch wurde nach dem Stand zum 31.12.1995 am 01.06.1996 erstellt.

Letzter Bericht (13. Fortschreibung nach dem Stand zum 31.12.2006):

- Informationsvorlage an den Rat am 13.12.2007
- Amtliche Bekanntmachung am 14.01.2008  
Frist zur Einsichtnahme 21.01.2008 – 24.01.2008 und 28.01.2008 – 30.01.2008 sowie vom 05.02.2008 – 07.02.2008

## Übersicht über die prozentualen Beteiligungen der Stadt Meerbusch am gezeichneten Kapital der Unternehmen

Unternehmen	Beteiligung 01.01.2007		Beteiligung 31.12.2007		Zweck des Unternehmens	Beginn der Beteiligung
	€	v.H.	€	v.H.		
Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	6.135.502,57 €	60,00	6.135.502,57 €	60,00	Versorgung der Bevölkerung mit Gas und mit Wasser (außer Ortsteil Osterath)	25.05.1994
WNO Wassernetz Osterath GmbH	25.000,00 €	100,00	25.000,00 €	100,00	Versorgung der Bevölkerung im Ortsteil Osterath mit Wasser	27.08.2004
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	2.045,16 €	8,00	2.045,16 €	8,00	Planung, Organisation und Finanzierung des ÖPNV im Kreis Neuss	01.01.1996
GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	234.057,60 €	2,88	234.057,60 €	2,88	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	01.01.1970
Bauverein Meerbusch eG	75.928,05 €	4,71	75.928,05 €	4,73	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	11.03.1950
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG	15.400,00 €	2,00	15.400,00 €	2,00	Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Verwaltungsgebiet Kreis Neuss	24.08.1990
ITK Rheinland	8.000,00 €	8,00	8.000,00 €	8,00	Bereitstellung Technikerunterstützter Datenverarbeitung (TUIV) für die Verbandsmitglieder	01.01.1999

## Rechtliche Grundlagen des Beteiligungsberichtes

### Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung. Die wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung ist in den §§ 107 bis 115 GO NRW geregelt.

§ 107 Abs. 1, Ziffer 1. - 3. GO NRW regelt, dass sich Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschl. der Telefondienstleistungen, der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Hierbei ist als wirtschaftliche Betätigung der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Somit ist die Gemeindegewirtschaft begrenzt durch den öffentlichen Zweck. Hierbei handelt es sich um eine Ausformung des allgemeinen Rechtsstaatsprinzips, wonach alle staatliche Tätigkeit auf das Gemeinwohl als Staatszweck begrenzt ist. Dieser Grundsatz wird durch § 1 GO NRW bekräftigt, der die Gemeinde verpflichtet, ihr Gebiet zum Besten ihrer Einwohner zu verwalten. Mit der Bindung der Gemeindegewirtschaft an einen öffentlichen Zweck soll die wirtschaftliche Betätigung auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Bei der Entscheidung darüber, ob eine Beteiligung durch einen öffentlichen Zweck veranlasst ist, steht der Stadt ein eigener Beurteilungsspielraum zu, der durch die Justiz bzw. Kommunalaufsicht nur eingeschränkt nachprüfbar ist.

Bei der Gründung oder der Beteiligung an einer Einrichtung muss sich die Stadt gem. § 8 Abs. 1 GO NRW innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bewegen und darf sie nur zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Betreuung seiner Einwohner schaffen.

Als wirtschaftliche Betätigung gilt nach § 107 Abs. 2 GO NRW nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
  - Erziehung, Bildung und Kultur (z. B. Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Museen)
  - Sport und Erholung (Sportanlagen, Bäder)
  - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Senioren- und Behindertenheime)

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung, sowie des Messe- und Ausstellungswesens und
5. Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Die Gemeindeordnung enthält eine besondere Bestimmung zur Betätigung von Kommunen außerhalb des Gemeindegebietes. Demnach kann sich eine Gemeinde unter Einhaltung der Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 GO NRW auch außerhalb des Gemeindegebietes wirtschaftlich betätigen, wenn die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind (§ 107 Abs. 3 GO NRW)

Durch diese Regelung in § 107 Abs. 4 GO NRW ist auch der Weg für eine ausländische Betätigung der Gemeinde eröffnet. Die Zulässigkeit ist jedoch an seine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde geknüpft.

§ 107 Abs. 5 GO NRW sieht vor, dass die Gemeinde vor einer Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen den Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten hat. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und den für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Während sich § 107 GO NRW auf alle kommunalen Unternehmen unabhängig von der Rechtsform bezieht, wird die Beteiligung an privatrechtlich organisierten Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gesondert in § 108 GO NRW geregelt.

Voraussetzungen für die Gründung einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder die Übernahme von Anteilen eines bestehenden Unternehmens sind nach § 108 GO NRW, dass

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW) die Voraussetzungen des § 107 GO NRW, Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 GO NRW gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Stadt an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Stadt auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt steht,

5. die Stadt sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Stadt einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert ist,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird, und
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden.

Weiter bestimmt die Gemeindeordnung in § 108 Abs. 3 GO NRW eine Subsidiarität für Aktiengesellschaften. Will die Stadt eine Aktiengesellschaft errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, hat sie den Nachweis zu führen, dass der zugrunde liegende öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform, etwa in der Rechtsform der GmbH erfüllt werden kann. Die Regelung in § 108 Abs. 4 GO NRW schreibt fest, dass die Stadt Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
3. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses und
4. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist.

Darüber hinaus ist durch ausdrückliche Bestimmung im Gesellschaftsvertrag sicherzustellen, dass bei einer GmbH, bei der die Bestellung eines Aufsichtsrates nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, der Gemeinderat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann.

Die Hauptvoraussetzung für eine Beteiligung ist nach § 109 Abs. 1 GO NRW die nachhaltige Erfüllung des öffentlichen Zwecks. Soweit diese nicht gefährdet ist, sollen Unternehmen einen Ertrag für den städtischen Haushalt abwerfen.

Die Vorschriften des § 114 a GO NRW erweitern das Angebot an Rechtsformen des öffentlichen Rechts für die wirtschaftliche Beteiligung.

Über § 114 a GO NRW sind die Kommunen ermächtigt, Unternehmen und Einrichtungen auch in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu gründen.

### **Vertretung in den Gremien der Unternehmen**

Soweit die Stadt an juristischen Personen oder Personenvereinigungen beteiligt ist, hat sie das Recht, Vertreter in deren Organe zu entsenden. Die Regelungen zur Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen sind § 113 GO NRW zusammengefasst worden.

Zur Sicherung gemeindlicher Einflussmöglichkeiten nach § 108 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW vertreten durch den Rat der Stadt bestellte Vertreter die Interessen der Stadt in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personalvereinigungen, an denen die Stadt beteiligt ist.

Der Rat kann nach eigenem Ermessen entscheiden, wen er als Vertreter bestellen will. Er ist in seiner Auswahl nicht beschränkt auf Mandatsträger oder Bedienstete der Verwaltung. Falls zwei oder mehr Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt dazu zählen. Die Vertreter der Stadt sind an die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse gebunden, soweit nicht gesellschaftliche Bestimmungen entgegenstehen, und haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen.

### **Rechte der kommunalen Gesellschafter**

Gehören der Stadt unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Anteile oder der vierte Teil der Anteile und stehen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts zu, so soll sie nach § 112 Abs. 1 GO NRW

- die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
- darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

§ 53 HGrG bestimmt, dass eine Gebietskörperschaft verlangen kann, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt,
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
  - die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
  - verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
  - die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages,
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz kann in den Fällen des § 53 im Gesellschaftsvertrag mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

Die Soll-Vorschrift des § 112 GO NRW wird durch die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift insoweit verstärkt, als davon nur aus zwingenden Gründen, die im Einzelfall aktenkundig zu machen sind, abgewichen werden darf.

### **Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes**

Die Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht ist nach § 112 Abs. 3, 3. bis 5 Satz GO NRW jedermann gestattet. Die Stadt hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

# **BETEILIGUNGEN DER STADT MEERBUSCH**



## wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH

**Adresse:** Hochstraße 1, 40670 Meerbusch  
**Gründungsdatum:** 25.05.1994  
**Gesellschaftsvertrag:** 25.05.1994

### Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie die Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten und Anlagen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung verpachten.

### Stammkapital

10.225.837,62 €

### Bewertung der Städtischen Beteiligung (60%)

anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007: 22.721.700,00 €

### Organe

Aufsichtsrat: 10 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch + 4 rhenag  
Gesellschafterversammlung: 8 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch + 2 rhenag (4 Stimmen)  
Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Manfred Weigand

### Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Thomas Jung	Ratsmitglied
Leo Jürgens	Ratsmitglied
Wolf Meyer-Ricks	Ratsmitglied
Winfried Sandt	Ratsmitglied
Werner Damblon	Ratsmitglied

### Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Herbert Becker	Ratsmitglied
Holger Losse	Ratsmitglied
Michael Nowack	Erster Beigeordneter (bis 28.02.2007)
Heinz Ruyter	Ratsmitglied
Petra Schoppe	Ratsmitglied

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages unterliegen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung. Im Beschluss über die Ergebnisverwendung können die Gesellschafter Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Der Beschluss über die Ergebnisverwendung bedarf einer Mehrheit von 75 % der Stimmen aller Gesellschafter. Laut Bericht des Aufsichtsrates hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich oder schriftlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt. Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

## Bilanz zum 31.12.2007

wbm

	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
<b><u>Aktiva</u></b>		
<b>Anlagevermögen</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	494.066	583.272
Sachanlagen	31.828.339	31.578.880
Finanzanlagen	64.665	69.656
	<b>32.387.070</b>	<b>32.231.808</b>
<b>Umlaufvermögen</b>		
Vorräte	323.581	346.898
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.342.900	11.657.018
Wertpapiere	4.262.950	0
Flüssige Mittel	961.161	1.436.385
	<b>15.890.592</b>	<b>13.440.301</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>265.885</b>	<b>313.829</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>48.543.548</b>	<b>45.985.938</b>
<b><u>Passiva</u></b>		
<b>Eigenkapital</b>		
Gezeichnetes Kapital	10.225.838	10.225.838
Kapitalrücklage	3.204.901	3.204.901
Gewinnrücklage	2.222.258	1.872.258
Bilanzgewinn	2.383.142	2.394.885
	<b>18.036.139</b>	<b>17.697.882</b>
<b>Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge</b>	<b>5.018.395</b>	<b>5.173.974</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>633.036</b>	<b>343.800</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>24.815.977</b>	<b>22.730.282</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>40.000</b>	<b>40.000</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>48.543.548</b>	<b>45.985.938</b>

## Gewinn- u. Verlustrechnung

wbm

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	31.12.2007	31.12.2006
1. Umsatzerlöse	21.310.635 €	23.912.458 €
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	110.558 €	153.472 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	5.889.316 €	5.823.064 €
4. Materialaufwand	-12.372.207 €	-14.875.891 €
5. Personalaufwand	-2.622.775 €	-2.516.974 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.832.587 €	-2.894.020 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.494.951 €	5.522.755 €
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	164.333 €	58.324 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-600.433 €	-554.607 €
10. <b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>3.551.889 €</b>	<b>14.628.581 €</b>
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.156.385 €	1.175.025 €
12. Sonstige Steuern	13.246 €	13.647 €
13. <b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.382.258 €</b>	<b>2.394.400 €</b>
14. Gewinnvortrag	885 €	485 €
15. <b>Bilanzgewinn</b>	<b>2.383.142 €</b>	<b>2.394.885 €</b>

## Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2007

### A. Wirtschaftliche Entwicklung

#### Ergebnis und Erträge

Die wbm konnte das Geschäftsjahr 2007 erfolgreich gestalten und einen Jahresüberschuss von 2.382 T€ erwirtschaften.

Mit der Übernahme der kompletten Betriebsführung für das Wassernetz Osterath, das als eigene Sparte geführt wird, umfasst der Geschäftsbereich der wbm jetzt die vier Sparten: Wasserversorgung, Gasversorgung, Stromversorgung (Verpachtung Stromnetz an RWE, Inkasso und Kundenberatung für RWE) sowie die Betriebsführung Wassernetz Osterath.

Die überdurchschnittlich milde Witterung des Jahres 2007 wirkte sich auf den Heizgasabsatz negativ aus und führte zu einem Rückgang um 26 Mio. kWh auf 326 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr. Die Steigerung des Geschäftsfeldes Mehrwärme/Wärmekontraktung mit einer Erhöhung von 0,7 Mio. kWh auf 5,7 Mio. kWh und der Absatz der Erdgastankstelle von ca. 1,1 Mio. kWh konnte den temperaturbedingten Rückgang nur abschwächen aber nicht kompensieren.

Die für den Bezug maßgeblichen Heizölnotierungen bewegten sich vom Frühherbst 2006 bis Anfang 2007 erfreulicherweise nach unten, so dass wir zum 01.01.2007 sowie zum 01.04.2007 insgesamt Preissenkungen von 0,53 Cent/kWh an unsere Kunden weitergeben konnten. Allerdings zwangen uns die ab Jahresmitte steigenden Ölpreise mit den damit einher gehenden Bezugspreisverteuerungen zu Preisanpassungen von 0,1 Cent/kWh für das dritte Quartal und 0,27 Cent/kWh ab dem 01.01.2008. Durch die vierteljährlichen Preisanpassungen sowohl nach unten als auch nach oben praktiziert die wbm eine klare Preistransparenz, die dem Kunden Bezugspreisveränderungen und zeitgleiche Gaspreisveränderungen nachvollziehbar aufzeigt.

Ebenfalls witterungsbedingt verringerte sich die Absatzmenge in der Wassersparte um 101 Tm<sup>3</sup> auf insgesamt 2,240 Mio. m<sup>3</sup>.

Die Ertragslage in der Stromversorgung ist im Wesentlichen durch die Positionen Pachterlöse, Inkassoentgelt und Leasingraten geprägt und damit weitgehend vom Stromverkauf der RWE unabhängig.

Mit Gründung der WNO-Wassernetz Osterath GmbH in 2004 wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration des Wassernetzes Osterath in die wbm getan. Die Gesellschaftsanteile an der WNO-Wassernetz Osterath GmbH werden zu 100 % von der Stadt Meerbusch, die auch die Gesellschafteranteile der Wasserwerk des Kreises Viersen GmbH, der Vorgängergesellschaft der WNO hielt, gehalten. Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH wird bis zu einer angedachten Einbringung in die wbm voll umfänglich von der wbm betriebsgeführt.

#### Investitionen

Das Anlagevermögen einschließlich der immateriellen Vermögensgegenstände erhöhte sich im Berichtsjahr von 32.232 T€ auf 32.387 T€. Insgesamt wurden 3.023 T€ investiert. Damit überschreiten die Investitionen die Abschreibungen um 191 T€.

Ein beträchtlicher Teil der Investitionen entfällt mit 1.002 T€ auf den Bereich der Gasversorgung. Es wurden 584 T€ für die Erneuerung von vorhandenen Gasanlagen, und hier insbesondere zur Erneuerung der Gasrohrleitungen aus der Zeit der Erstversorgung im Stadtteil Buderich aufgewandt. In die Netzerweiterung wurden 171 T€ für 1,0 km Rohrleitungen investiert. Mit 181 T€ wurden 107 neue Hausanschlüsse erstellt.

In dem Geschäftsfeld Mehrwärme/Wärmekontraktung fielen Investitionskosten von 42 T€ an. Zurzeit betreibt die wbm 71 Wärmeanlagen mit insgesamt 190 Wohneinheiten.

Im Bereich der Wasserversorgung wurden insgesamt 939 T€ investiert. Hiervon entfallen 411 T€ auf die Erneuerung von Wasserleitungen. In die Erweiterung des Leitungsnetzes wurden 294 T€ für 2,4 km Wasserleitungen investiert. Mit der Verbindungsleitung zwischen dem Wasserversorgungsgebiet Lank-Latum und dem Wassernetz Büderich konnte die Versorgungssicherheit insbesondere des Wasserversorgungsgebietes des Wasserwerkes Lank-Latum verbessert werden. Außerdem konnten, mit Änderung des Wasserlieferungsvertrages, der Kreiswerke Grevenbroich nach Büderich, ca. 200 Tm<sup>3</sup> vom Wasserwerk Lank-Latum nach Büderich geliefert werden ohne dass im Wasserwerk Investitionen getätigt werden mussten.

Mit einem Investitionsaufwand von 158 T€ wurden 82 neue Wasserhausanschlüsse erstellt.

Die Investitionen im Bereich des Stromnetzes betragen 809 T€.

Die wbm hat im Berichtsjahr 2007 die Erweiterung und Verdichtung des Versorgungsnetzes sowie die notwendigen Erneuerungen an den Gas-, Wasser- und Stromversorgungsanlagen planmäßig durchgeführt, so dass die Versorgung der Bevölkerung sowohl qualitativ als auch quantitativ jederzeit sichergestellt war.

Die im Lagebericht und im Anhang gegebenen Erläuterungen legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt durchzuführen – voll entsprochen hat.

### **Vermögens- und Finanzstruktur**

Das Gesamtvermögen der wbm beträgt 48.544 T€, wobei das langfristig gebundene Vermögen mit 32.650 T€ einen Anteil von ca. 67 % und das kurzfristig gebundene Vermögen mit 15.894 T€ einen Anteil von rund 33 % ausmacht.

Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich um 274 T€ auf 18.515 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt mit 38,1 %, verursacht durch die höhere Bilanzsumme, um 1,6%-Punkte unter dem Wert des Vorjahres.

Das langfristig gebundene Vermögen wird zu 96,8 % durch das wirtschaftliche Eigenkapital plus lang- und mittelfristiges Fremdkapital gedeckt. Das kurzfristige Vermögen deckt zu 92,8 % das kurzfristige Fremdkapital (Liquidität 2. Grades).

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt im Berichtsjahr 8,5 % gegenüber 9,0 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalrentabilität verringert sich um 0,5 %-Punkte auf 19,1 %. Die Umsatzrentabilität beträgt 2007 16,6 % und liegt damit um 1,7 %-Punkte über dem Vorjahreswert. Bei diesen Kennzahlen zur Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass sich das Kapital gegenüber dem Vorjahr erhöht hat und die Erlöse durch die geringere Gasabgabe zurückgegangen sind.

Die Vermögens- Finanz- und Ertragslage der wbm während des gesamten Geschäftsjahres 2007 war gut, die erforderliche Liquidität war immer gegeben.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2007 beträgt 2.383.142,30 €, er resultiert aus einem Jahresüberschuss von 2.382.257,78 € und einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 884,52 €.

Die Geschäftsführung schlägt vor, von dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 2.030.000,00 € auszuschütten, 350.000,00 € in die Gewinnrücklage einzustellen und 3.142,30 € auf neue Rechnung vorzutragen.

### **Risiken und Chancen**

Die Risikobewertung der wbm hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und so weit wie möglich zu vermeiden bzw. evtl. Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen.

Verträge jeglicher Art mit darin eingebetteten Derivaten oder Währungsrisiken bestehen nicht. Es werden nur einfache Zinssicherungsgeschäfte getätigt.

Betriebsrisiken werden durch die strikte Einhaltung des Regelwerkes klein gehalten. Es findet kontinuierlich die erforderliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter statt. Den erkennbaren Risiken wird, so weit handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen wie auch durch einen umfangreichen Versicherungsschutz, der regelmäßig überprüft wird, ausreichend Rechnung getragen.

Wettbewerbsrisiken entstehen mit Öffnung der Energiemärkte, die Veränderungen des Kundenbestandes zulassen aber andererseits eine optimierte, flexible Energiebeschaffung ermöglichen. Die wbm hat hierzu bereits in 2006 eine Stelle Energiedatenmanagement geschaffen und beginnt ein Bezugsportfolio aufzubauen, um die neuen Möglichkeiten des strukturierten Gasbezuges zu nutzen.

Als Reaktion auf die zunehmenden Wettbewerbsrisiken und die Anreizregulierung für das Gasnetz betreibt die wbm seit Mitte 2007 Vorarbeiten um eine Kooperation mit den Stadtwerken Willich zu erreichen um durch eine Verbreiterung der Ressourcen und Kapazitäten in den Bereichen Netze, Service, Einkauf und Vertrieb, die Zunahme der Komplexität der Prozesse in diesen Bereichen auf eine breitere Basis zu stellen und Skaleneffekte nutzen zu können.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios der wbm lässt die Aussage zu, dass in 2007 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

## **B. Aktivitäten und Ausblick**

Beginnend mit dem Jahr 2006 hat die wbm erhebliche Anstrengungen unternommen, um die durch das neue Energiewirtschaftsgesetz geschaffenen neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Dieses Gesetz hat den Rahmen für das unternehmerische Handeln, auch der wbm, stark verändert. Durch die vom Gesetzgeber geforderte Trennung von Energieerzeugung, Transport und Verteilung, mussten auch bei der wbm organisatorische Veränderungen vorgenommen werden.

Um die Netze auch fremden Vertrieben diskriminierungsfrei zu regulierten Bedingungen zur Verfügung stellen zu können, wurde es erforderlich, bei der wbm Vertrieb und Netz organisatorisch und informativ zu trennen; so dass die wbm nunmehr vier Bereiche mit je einem Bereichsleiter vorhält: Netz, Vertrieb, Kundenservice und Finanzen.

In 2006 ist die wbm der Vereinbarung über die Kooperation gem. § 20 Absatz 1b EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen beigetreten. Wir haben uns damit verpflichtet, den Netzzugang zu unserem Verteilnetz, allen Transportkunden diskriminierungsfrei zu gewähren. Zwischenzeitlich wurde von der Bundesnetzagentur das Zweivertragsmodell bindend vorgeschrieben und bei der wbm die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung durchgeführt.

Um die geforderte Trennung von Netz und Vertrieb auch in den Arbeitsprozessen sicherzustellen und zu dokumentieren, wurde ein Gleichbehandlungsprogramm (für alle Vertriebe) aufgestellt, die Mitarbeiter geschult und zur Einhaltung verpflichtet.

Die vielfachen Aufgaben des neuen Energiewirtschaftsgesetzes machten es erforderlich, die Stelle eines Regulierungsdaten- und Energiedaten-Managers zu schaffen, der darüber wacht, dass die Berichts- und Veröffentlichungspflichten eingehalten und die Umsetzungspflichten aus dem Gesetz wahrgenommen werden.

Die Einstellung eines eigenen EDV-Sachbearbeiters anstelle der bislang extern wahrgenommenen Betreuung hat sich als sehr zielführend erwiesen, da die zusätzlichen Ansprüche an die EDV durch das neue Energiewirtschaftsgesetz einen verstärkten Einsatz der EDV erforderlich machen. Außerdem konnte mit dem zusätzlichen EDV-Sachverständigen die Internetpräsenz der wbm verstärkt und aktuell gehalten werden.

Die mit hohem Eigen- und Fremdaufwand zum 01.02.2006 und zum 01.08.2006 erstellten Anträge zur Genehmigung des Netzentgeltes für Gas incl. der vielen Begleitberichte und Unterlagen für die Regulierungsbehörde wurden in 2007 und 2008 beschieden. Mit dem letzten Bescheid für das Jahr 2005 vom 27.02.2008, wurde der wbm ein Netzentgelt bis zum 31.12.2008 genehmigt mit dem die wbm auch in die Anreizregulierung, beginnend ab 01.01.2009, gehen wird. Die Kürzung des beantragten Netzentgeltes um ca. 10 % und die auch im vereinfachten Verfahren vorgesehenen Kürzungen, lassen erhebliche Einschränkungen, der für die Netzerhaltung bereitstehenden Mittel erwarten.

Die Kürzungen der Netzentgelte war daher auch die Haupttriebkraft die Kooperationsbemühungen mit den Stadtwerken Willich in 2007 zu intensivieren.

In mehreren Aufsichtsratssitzungen, zuletzt in einer gemeinsamen Sitzung am 12.12.2007, wurden den Aufsichtsräten in Meerbusch und in Willich die Maßnahmen für eine gemeinsame Kooperation in den Bereichen Netzerhaltung, Planung und Bau der Netze, Kundenservice, EDV, Personal und Finanzbuchhaltung vorgestellt.

Danach werden die wbm und die Stadtwerke Willich eine gemeinsame Servicegesellschaft "Stadtwerke Service Meerbusch – Willich GmbH & Co KG" gründen in der mit Ausnahme der Vertriebe und der Netzverwaltung alle gemeinsamen Aufgaben abgewickelt werden. Von den insgesamt 140 Mitarbeitern beider Betriebe werden ca. 120 Mitarbeiter in diese gemeinsame Service-Gesellschaft übergeleitet. Bei den Wirtschaftsbetrieben Meerbusch und den Stadtwerken Willich verbleiben die Vertriebe und die Geschäftsführungen und alle Sachanlagen, insbesondere die Netze. Die Muttergesellschaften werden weiterhin als lokale Versorger mit eigenen Dienstleistungen, Produkten und Preisgestaltungen über ihre eigenen Vertriebsmarken tätig sein.

Des Weiteren wird eine Verteilnetz GmbH gegründet werden, die die Netze verwaltet und Ansprechpartner für die Regulierungsbehörden sein wird. Sie wird die Leistungen zur Netzerhaltung, Erneuerung und Erweiterung an die Service-Gesellschaft vergeben, die ihrerseits plant und baut bzw. diese Leistungen fremd vergibt. Durch diese Lösung kann insbesondere im Bereich der Netze ein großes Synergiepotential gehoben und somit erreicht werden, dass die in der Anreizregulierung vorgegebenen Netzeinnahmen mit den Netzkosten zur Deckung gebracht werden können. Die entsprechenden Verträge wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 6.5.2008 beschlossen.

Mit Ratsbeschlüssen am 28. und 29. Mai 2008 haben die Räte in Willich und Meerbusch diesen Firmengründungen zugestimmt, so dass die Umsetzung wie vorgesehen in 2008 erfolgen kann.

Mit dieser Lösung haben die wbm und die Stadtwerke Willich die notwendigen Konsequenzen aus der Liberalisierung des Energiemarktes gezogen und können nunmehr auf einer breiteren Basis Synergieeffekte und Skalenvorteile nutzen, die es Ihnen erlauben werden die Folgen der Anreizregulierung für ihre Unternehmen zu begrenzen.

Durch den Bau eines gemeinsamen Betriebshofes (beide Unternehmen besitzen zurzeit keine eigenen ausreichenden Betriebshöfe) können weitere Prozessverbesserungen und Einsparungen erreicht werden.

Darüber hinaus werden die Unternehmen auch im Bereich des Vertriebes zukünftig stärker zusammenarbeiten und gemeinsam mit Dritten Einkaufsvorteile nutzen sowie, ebenfalls in einem größeren Rahmen, eine Plattform zur Lieferung von Energie außerhalb ihrer Versorgungsgebiete nutzen.

Bereits vor den Kooperationsaktivitäten hat die wbm die Verbesserung ihrer Ablaufprozesse mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung fortgeführt und darüber hinaus eine Überprüfung ihrer Sachkosten vorgenommen um in diesem Bereich Einsparungen zu erzielen. Diese Bemühungen können jetzt in einem größeren Rahmen mit einer verbesserten Organisation weiter betrieben werden.

Für das Gaswirtschaftsjahr 2008/2009 und 2009/2010 hat die wbm nochmals einen Vollversorgungsvertrag mit Egon-Ruhrgas abgeschlossen, der der wbm jedoch ein höheres Maß an Flexibilität einräumt als dies die früheren Standardverträge ermöglichten. Die beiden Jahre wird die wbm nutzen, um die EDV-technischen Voraussetzungen und die Datenbasis für einen strukturierten Gaseinkauf ab 2010 zu schaffen.

Im Vertriebsbereich hat die wbm ihr Produktportfolio weiter ausgebaut. Beim Erdgas wurde die Produktfamilie wbm-Standard, wbm-Komfort und wbm-Komfort plus sowie wbm-online etabliert. Ab 2008 wird es auch ein Festpreisprodukt wbm-fix geben.

Das Wärmekontraktung wird verstärkt weiter durchgeführt und versucht auf Nahwärmelösungen auszuweiten. Darüber hinaus will die wbm prüfen, ob sie Kraftwärmeprojekte realisieren kann.

Einen weiteren Schwerpunkt wird die wbm auf die Energieberatung ihrer Kunden legen und somit Effizienzsteigerung nicht nur im eigenen Unternehmen voranbringen, sondern auch beim Energieeinsatz ihrer Kunden.

Mit der Eröffnung der Erdgastankstelle in Lank, im August 2006, hat die wbm ihr Geschäftsfeld erweitert und dem Kunden eine ökonomische und ökologische Variante zum Mineralölverbrauch im Individualverkehr angeboten. Die Absatzzahlen der Erdgastankstelle entwickeln sich erfreulich positiv.

Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf für 2008 ist zu erwarten, dass das im Wirtschaftsplan vorgesehene Jahresergebnis von 2,4 Mio. € wohl erreicht werden kann.

Die seit Mitte letzten Jahres ständig steigenden Ölpreisnotierungen haben unsere Bezugspreise ständig verteuert. Die wbm wird auch in 2008 ihre auf Preistransparenz ausgelegte Preispolitik weiterführen und die Bezugspreisveränderungen zeitgleich und margenneutral weitergeben.

Die Investitionen im Bereich der Gasversorgung werden im Wesentlichen in der Verdichtung und Erweiterung für Neuanschlüsse sowie in der Sanierung bzw. Erneuerung der Versorgungsleitungen aus der Zeit vor 1940 getätigt werden wobei der Austausch begleitend zu städtischen Baumaßnahmen erfolgen soll.

Die Wasserabgabe entspricht dem Vorjahresniveau.

Die Investitionen im Bereich der Wasserversorgung liegen schwerpunktmäßig in der Sanierung der Faserzementrohrleitungen im Versorgungsbereich des Wasserwerkes Lank-Latum. Hier hat die wbm mit dem Wirtschaftsplan 2008 ein Sanierungsprogramm aufgelegt, nach dem in den nächsten Jahren 45 km Faserzementrohrleitungen ausgewechselt werden sollen. In 2008 ist hierfür eine Investitionssumme von 1,8 Mio. € vorgesehen. Zur Finanzierung wird der Wasserpreis zum 1.7.2008 um 5,5 Cent auf 1,50 €/netto bei gleichbleibendem Grundpreis angehoben.

Die Verpachtung des Stromnetzes endet zum 31.12.2009, zeitgleich mit dem Inkassoauftrag durch RWE. Noch in 2008 soll die Entscheidung über die Zukunft des Stromnetzbetreibers und den Stromhandel in Meerbusch getroffen werden.

#### **wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH**

Manfred Weigand  
- Geschäftsführer -

## Wassernetz Osterath GmbH

**Adresse:** Hochstraße 1, 40670 Meerbusch  
**Gründungsdatum:** 27.08.2004 rückwirkend zum 01.01.2004  
**Betriebsführungsvertrag:** 21.12.2004

### Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung im Bereich Meerbusch-Osterath sowie angrenzender Gebiete. Zur Herstellung und Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, andere Unternehmen einrichten, pachten und erwerben. Ferner kann sie Zweigniederlassungen errichten.

### Stammkapital

25.000,00 €

### Bewertung der Städtischen Beteiligung (100%) anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007:

2.511.900,00 €

### Organe

Geschäftsführung  
Aufsichtsrat  
Gesellschafterversammlung

### Mitglieder des Aufsichtsrates

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Leo Jürgens	Ratsmitglied
Thomas Jung	Ratsmitglied
Lutz Lienenkämper	Ratsmitglied
Wolf Meyer-Ricks	Ratsmitglied
Winfried Sandt	Ratsmitglied

### Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Herbert Becker	Ratsmitglied
Holger Losse	Ratsmitglied
Michael Nowack	Erster Beigeordneter (bis 28.02.2007)
Heinz Ruyter	Ratsmitglied
Petra Schoppe	Ratsmitglied

Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages entscheidet die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung. Laut Bericht des Aufsichtsrates hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich oder schriftlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt. Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

## Bilanz zum 31.12.2007

## WNO

### Aktiva

#### Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände	37.617	43.576
Sachanlagen		
1. Technische Anlagen	1.833.343	1.791.448
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau		

31.12.2007

€

31.12.2006

€

37.617

43.576

1.833.343

1.791.448

1.870.960

1.835.024

#### Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	82.469	213.432
2. Forderungen gegen Gesellschafter		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	122.754	211.193

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

90,89

0

205.314

424.625

#### Rechnungsabgrenzungsposten

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

2.250

3.250

**2.078.523**

**2.262.899**

### Passiva

#### Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000
Kapitalrücklage	203.176	203.176
Gewinnrücklagen	72.000	
Bilanzgewinn	176.621	172.627

31.12.2007

€

31.12.2006

€

25.000

25.000

203.176

203.176

72.000

176.621

172.627

476.797

400.803

#### Empfangene Ertragszuschüsse

**3.094**

**8.355**

Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen	7.950	0
2. Sonstige Rückstellungen	13.000	12.000

20.950

12.000

#### Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	600.000	837.805
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	226.872	143.308
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	9.782	78.738
4. Sonstige Verbindlichkeiten	741.029	781.890

1.577.683

1.841.741

**2.078.523**

**2.262.899**

## Gewinn- u. Verlustrechnung

WNO

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	31.12.2007 €	31.12.2006 €
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>1.350.885</b>	<b>1.348.486</b>
2. Sonstige betriebliche Erträge	35.478	33.371
3. Materialaufwand	- 580.445	- 596.869
4. Personalaufwand	- 7.806	- 7656
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachlagen	- 96.066	- 95.623
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 344.043	- 343.614
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.977	5.279
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.122	63.113
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>298.858</b>	<b>280.260</b>
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	122.863	107.633
<b>11. Jahresüberschuss</b>	<b>175.994</b>	<b>172.627</b>
12. Gewinnvortrag	627	0
<b>13. Bilanzgewinn</b>	<b>176.621</b>	<b>172.627</b>

## Auszug aus dem Lagebericht für das Jahr 2007

Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH wurde rückwirkend zum 01.01.2004 gemeinsam mit vier weiteren Gesellschaften durch die Aufspaltung des Wasserwerkes des Kreises Viersen GmbH gegründet.

Die wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH hat ab dem Jahre 2005 die Betriebsführung für die WNO im kaufmännischen und technischen Bereich voll umfänglich übernommen.

Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH konnte im Geschäftsjahr 2007 einen erfolgreichen Geschäftsverlauf verzeichnen. Der Jahresüberschuss belief sich auf 175.994 T€ (Vorjahr: 173 T€).

Die Erträge aus dem Wasserverkauf betragen im Jahre 2007 1.341 T€ und liegen damit um 9 T€ über dem Vorjahreswert von 1.332 T€. Die in 2006 erfolgte Preisanpassung führte nicht zu der gewünschten Erlösverbesserung, da die WNO in 2007 witterungsbedingt eine Absatz-reduzierung von 18.000 m<sup>3</sup> hinnehmen musste.

Das Gesamtvermögen des Unternehmens hat sich im Berichtsjahr von 2.263 T€ um 184 T€ auf 2.079 T€ verringert.

Nach Investitionen in Höhe von 24 T€ in 2006 wurden in 2007 132 T€ investiert, wobei nur notwendige Maßnahmen und Mitverlegungen durchgeführt wurden. Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe von 96 T€ entgegen, so dass sich das Anlagevermögen per Saldo um 36 T€ erhöht hat.

Auch im Jahr 2008 sollen die Investitionen auf das notwendige Maß begrenzt bleiben, allerdings sollen bei Rohrbrüchen, wenn wirtschaftlich sinnvoll, aktivierungsfähige Abschnitte saniert werden, um die Unterhaltungsaufwendungen im bisherigen Rahmen zu halten.

Außerdem soll die Möglichkeit wahrgenommen werden bei Baumaßnahmen durch Dritte Mitverlegungen zu tätigen.

Bei den Passiva haben sich vor allem die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 84 T€ erhöht, die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 41 T€ und die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um 69 T€ vermindert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 238 T€ verringert.

Die auf Grund von Gewinnrücklagenbildung (72 T€) gestiegene Eigenkapitalquote von 19,7 % (Vorjahr: 13,4 %) sollte weiterhin verbessert werden.

Der Anlagendeckungsgrad, gebildet aus wirtschaftlichem Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gegenüber dem langfristig gebundenen Vermögen, hat sich um 0,2 % auf 80,0 % verringert und kann als ausreichend gelten.

Das Verhältnis flüssige Mittel plus Forderungen gegenüber kurzfristigem Fremdkapital (Liquidität zweiten Grades) ist am Bilanzstichtag mit 43,7 % (Vorjahr 59,6 %) noch nicht ausreichend und muss verbessert werden. Trotz dieser insgesamt nicht ganz ausreichenden Finanzwerte ist der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet, da die WNO als 100%ige Tochter der Stadt Meerbusch kreditwürdig ist.

Die Risikobewertung der WNO hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und soweit wie möglich zu vermeiden bzw. eventuelle Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen. Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Die im Anhang und im Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Wasser – entsprochen hat.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2007 beträgt 176.621 €.

Die Geschäftsführung schlägt vor, von dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 70 T€ an den Gesellschafter auszuschütten, 106 T€ in die Gewinnrücklage einzustellen und 621 € auf neue Rechnung vorzutragen.

### **Ausblick 2008**

Der Wasserabsatz der WNO-Wassernetz Osterath GmbH liegt auch in 2008 in der Größenordnung der letzten Jahre. Bis einschließlich Mitte Mai 2008 sind keine größeren Investitionen angefallen. Die Versorgungslage ist stabil.

Insgesamt ist für 2008 ein zufriedenstellender Geschäftsverlauf zu erwarten und es ist davon auszugehen, dass das im Wirtschaftsplan vorgesehene Jahresergebnis von 194 T€ erreicht werden kann.

### **WNO-Wassernetz Osterath GmbH**

Manfred Weigand  
-Geschäftsführer-



## Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

**Adresse:** Oberstraße 91, 41460 Neuss  
**Kreistagsbeschluss:** 26.09.1995  
**Gesellschaftsvertrag:** 26.10.1995  
**Gründungsdatum:** 01.01.1996  
**Beitritt Stadt:** 20.05.1996

### Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

- Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisverkehrsplanes.
- Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Zu diesem Zweck kann das Unternehmen insbesondere selbst Linien-, Gelegenheits- und Schülerspezialverkehr mit Kraftfahrzeugen einschließlich schienengebundener Fahrzeuge - organisieren und die Nutzung von Fahrwegen regeln.
- Das Unternehmen kann weiterhin Verträge mit solchen Unternehmungen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Einrichtungen abschließen, die diesen Zweck fördern, sich hieran beteiligen sowie Mitglied werden.
- Möglichkeit, sich anderer Unternehmungen, Körperschaften und Einrichtungen durch den Abschluss entsprechender Verträge zu bedienen.
- Erarbeitung und Fortschreibung des Nahverkehrsplans für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises Neuss.

Aufgabe der Gesellschaft ist es **nicht**, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

### **Stammkapital (lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.03.2007)**

26.200,-- €

### Gesellschafter/Beteiligungen/Übernahme der Geschäftsanteile

Kreis Neuss	8.500,00 €	32,44%		
Stadt Neuss	6.500,00 €	24,81%	06.09.1996	Stadtwerke
Stadt Grevenbroich	2.400,00 €	9,16%	20.05.1996	
Stadt Dormagen	2.100,00 €	8,02%	20.05.1996	Verkehrsgesellschaft
<b>Stadt Meerbusch</b>	<b>2.100,00 €</b>	<b>8,02%</b>	<b>20.05.1996</b>	
Stadt Kaarst	1.600,00 €	6,11%	18.12.1996	
Stadt Korschenbroich	1.300,00 €	4,96%	20.05.1996	
Gemeinde Jüchen	1.100,00 €	4,20%	20.05.1996	
Gemeinde Rommerskirchen	600,00 €	2,29%	20.05.1996	

### Bewertung der Städtischen Beteiligung

anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007: 1.400,00 €

## **Organe**

Geschäftsführer  
Aufsichtsrat  
Gesellschafterversammlung

## **Vertreter im Aufsichtsrat**

Bürgermeister Dieter Spindler  
Ratsherr Jörg Wartchow

## **Vertreter in der Gesellschafterversammlung**

I. Beigeordneter Nowack

## **Gewinn- und Verlustausgleich (§ 13 Gesellschaftsvertrag)**

Die Gewinnverteilung erfolgt gem. § 29 GmbH-Gesetz (s. aber auch Auszug aus der Präambel dieses Vertrages, Seite 26).

Der Kreis trägt insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft sowie die Kosten für die Erstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bis zur Höhe von 1%-Punkt der Kreisumlage. Übrige Defizite, insbesondere Defizite aus den Verkehren der Gesellschaft, werden entsprechend der Bedienung auf die Städte und Gemeinden bzw. deren Eigengesellschaften verteilt.

Ab dem 01.01.1997 werden die Kosten des ÖPNV über die Kreisverkehrsgesellschaft abgewickelt. 1997 betrug das Aufteilungsverhältnis 60:40. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Kreisverkehrsgesellschaft mbH haben in der Sitzung am 24.11.1997 beschlossen, dass für die Jahre ab 1998 die ÖPNV-Kosten kreisintern zu 100 % umgelegt werden. Die Stadt Meerbusch erhält dann bis zu einer Kostenverteilungsregelung für die Stadtbahnbedienung durch die Rheinbahn einen Betrag von 70 % aus der Landespauschale als Zuschuss zu den ÖPNV-Kosten der Stadt.

Ab 2004 wurde die Landespauschale von 500.000 € auf 150.000 € gesenkt. Die Gesellschafterversammlung hat am 29.03.2004 beschlossen, dass nach Abzug von Kosten der Kreisverkehrsgesellschaft den Restbetrag an die kreisangehörigen Kommunen in dem bisher vereinbarten Verhältnis zu verteilen.

## **Rechte der Gesellschafter**

### **§ 12 Abs. 4, 2. Satz**

Die Abschlussprüfung muss sich auch auf die Prüfungsgegenstände des § 53 Abs. Haushaltsgrundsatzgesetz erstrecken.

### **§ 12 Abs. 6**

Den Rechnungsprüfungsämtern der Gesellschafter stehen die Rechte gem. § 54 HGrG zu.

## Bilanz zum 31.12.2005

Verkehrsgesellschaft  
mbH Kreis Neuss

### Aktiva

	<b>31.12.2005</b>	<b>31.12.2004</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	<b>27.377</b>	<b>27.219</b>
II. Kassenbestand, Postgirokontoguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten		
Festgeld	25.565	25.565
Bankguthaben	872.053	433.282
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>924.995</b>	<b>486.065</b>

### Passiva

	<b>31.12.2005</b>	<b>31.12.2004</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>
A. Eigenkapital		
I Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565
II Kapitalrücklage	14.045	14.045
III <b>Gewinn-/Verlustvortrag</b>	<b>-32.902</b>	<b>-29.966</b>
IV <b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>10.238</b>	<b>-2.936</b>
B Rückstellungen	0	0
1. Rückstellungen	4.200	14.263
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	0	0
2. Sonstige Verbindlichkeiten	903.850	465.095
<b>Bilanzsumme</b>	<b>924.995</b>	<b>486.065</b>

## Gewinn- u. Verlustrechnung

Verkehrsgesellschaft  
mbH Kreis Neuss

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	31.12.2005	31.12.2004
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	0	0
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.373	3.441
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.611	505
4. <b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	10.238	-2.936
5. außerordentliche Erträge	0	0
6. <b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>10.238</b>	<b>-2.936</b>

# GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG

**Adresse:** Willy-Brandt-Ring 17, 41747 Viersen  
**Gründungsdatum:** 12.06.1901  
**Satzung (letzte Fassung):** 16.06.2005

## Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 der Satzung)

1. Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
2. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, sozialwirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.
3. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
4. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne dieser Satzung.
5. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschl. einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.
6. Die Gesellschaft ist am 31.12.1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Sie wird im Jahre 1990 wie bisher die gemeinnützigkeitsrechtlichen zulässigen Geschäfte betreiben.

## Stammkapital

8.127.000,00 €

## Aktionäre/Beteiligungen

Wirtschaftsförderungsgesellschaft		
des Kreises Viersen -WfG-	3.360.000,00 €	41,34%
Sparkasse Krefeld	3.162.600,00 €	38,92%
Stadt Willich	448.350,00 €	5,52%
Schwalmtalwerke	242.025,00 €	2,98%
<b>Stadt Meerbusch</b>	<b>234.150,00 €</b>	<b>2,88%</b>
Stadt Viersen	201.075,00 €	2,47%
Gemeinde Niederkrüchten	157.500,00 €	1,94%
Gemeinde Brüggen	116.550,00 €	1,43%
Stadt Krefeld	88.200,00 €	1,09%
Stadt Tönisvorst	36.750,00 €	0,45%
Stadt Kempen	26.250,00 €	0,32%
Stadt Nettetal	26.250,00 €	0,32%
Gemeinde Grefrath	25.725,00 €	0,32%
Sonstige	1.575,00 €	0,02%

**Bewertung der Städtischen Beteiligung (2,88%)**  
**anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007:** 304.600,00 €

### **Organe**

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Hauptversammlung

Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsbeirat zur Beratung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.

### **Städt. Vertreter im Verwaltungsbeirat**

Bürgermeister Dieter Spindler (ab 14.06.07)

### **Städt. Vertreter in der Hauptversammlung**

StOVR Thomas Fox

Vertreter StOVR Jürgen Wirtz

### **Gewinn-/Verlustregelung lt. Satzung**

#### **§ 17**

1. Aus dem Jahresüberschuss abzgl. eines Verlustvortrages aus dem Vorjahr ist der zwanzigste Teil so lange in die gesetzliche Rücklage einzuteilen, bis 50 % des Grundkapitals erreicht oder wieder erreicht sind. Die gesetzliche Rücklage darf nur nach den gesetzlichen Vorschriften verwandt werden.
2. Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, so sollten sie die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Sie sind ermächtigt, bis zu 90 % des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, bis diese die Hälfte des Grundkapitals erreicht haben, sofern hierdurch die Zahlung der nach § 18 dieser Satzung in Aussicht genommenen Dividende nicht in Frage gestellt wird. Dabei sind Beträge, die in die gesetzliche Rücklage einzustellen sind und ein Verlustvortrag vorab dem Jahresüberschuss abzuziehen.
3. Stellt die Hauptversammlung den Jahresabschluss fest, so kann sie höchstens die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

#### **§ 18**

1. Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns. An die Aktionäre darf hiervon jährlich höchstens 4 % ihrer Einzahlungen auf die übernommenen Aktien ausgeschüttet werden. Soweit der Bilanzgewinn nicht unter die Aktionäre verteilt wird, ist er für die Bildung anderer Gewinnrücklagen oder als Gewinnvortrag zu verwenden.
2. Der Vorstand ist nicht befugt, außerhalb eines von der Hauptversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Aktionären oder ihnen nachstehenden Personen oder Gesellschaften Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Aktionäre, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahe stehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertsatz verpflichtet. Die genannten Aktionäre müssen in diesem Fall an die Gesellschaft - zusätzlich - einen Betrag in Höhe der auf die Zuwendung entfallenden anrechenbaren Körperschaftssteuer, die auf ihre Ertragsteuerverpflichtungen anzurechnen ist, abzuführen.

## Bilanz zum 31.12.2007

gwg

### Aktiva

	31.12.2007 €	31.12.2006 €
<b>Anlagevermögen</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	25.343	19.949
Sachanlagen	107.271.496	97.606.214
Finanzanlagen	699.339	495.910
	<u>107.996.178</u>	<u>96.317.208</u>
<b>Umlaufvermögen</b>		
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	12.044.003	12.162.037
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	403.103	305.590
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	320.768	1.788.397
Umlaufvermögen insgesamt	<u>12.767.874</u>	<u>14.256.024</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	152.853	146.141
	<b>120.916.905</b>	<b>112.685.823</b>
<b>Passiva</b>		
	31.12.2007 €	31.12.2006 €
<b>Eigenkapital</b>		
<b>Gezeichnetes Kapital</b>	<b>8.127.000</b>	<b>8.127.000</b>
Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklage	4.063.500	4.063.500
Bauerneuerungsrücklagen	10.000.000	10.000.000
Andere Gewinnrücklagen	9.150.000	9.050.000
Gewinnvortrag	<b>17.335</b>	<b>14.085</b>
Jahresüberschuss	<b>1.313.373</b>	<b>443.810</b>
<b>Eigenkapital insgesamt</b>	<u>32.671.208</u>	<u>31.698.395</u>
Rückstellungen	1.645.941	656.135
Verbindlichkeiten	86.599.756	80.331.294
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>120.916.905</b>	<b>112.685.823</b>

## Gewinn- u. Verlustrechnung

gwg

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	31.12.2007 €	31.12.2006 €
<b>Umsatzerlöse</b>	<b>21.570.036</b>	<b>21.036.526</b>
Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	103.018	-187.948
Andere aktivierte Eigenleistungen	300.583	257.323
Sonstige betriebliche Erträge	1.326.972	839.099
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	12.636.482	12.554.779
<b>Rohergebnis</b>	<b>10.664.127</b>	<b>9.390.221</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>2.568.340</b>	<b>2.481.717</b>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.776.859	2.551.590
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.024.802	1.016.794
Erträge aus Beteiligungen	270	0
Erträge aus Ergebnisabführung	54.650	5.890
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des des Finanzanlagevermögens	5.097	4.954
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44681	46.478
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	366	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.389.829	2.284.792
<b>14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>2.008.629</b>	<b>1.112.650</b>
15. Steuern vom Einkommen	154.039	153.982
16. Sonstige Steuern	541.218	514.859
<b>17. Jahresüberschuss</b>	<b>1.313.372</b>	<b>443.809</b>
18. Gewinnvortrag aus Vorjahr	17.335	14085
<b>19. Bilanzgewinn</b>	<b>1.330.707</b>	<b>457.894</b>

## Lagebericht

### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

#### 1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und Geschäftsergebnisses

##### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

##### 1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufes und Geschäftsergebnisses

Das im Jahr 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen. Wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen (über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft) sowie die Sparkasse Krefeld. Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Verwaltung des eigenen Wohnungsbestandes. Weitere Geschäftsfelder sind die Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter) sowie auslaufend das Bauträgergeschäft. Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen sowie in den Städten Krefeld, Meerbusch und in Zukunft Geldern.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2007 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet.

Die **gesamtwirtschaftliche Lage** der Bundesrepublik Deutschland ist durch einen seit zwei Jahren vergleichsweise kräftigen Aufschwung gekennzeichnet. Allerdings hat sich der private Konsum nach dem Einbruch durch die Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 noch nicht wieder erholt. Weitere konjunkturelle Belastungen resultieren aus steigenden Energiekosten und Nahrungsmittelpreisen sowie der anhaltenden Euroaufwertung. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass die Beibehaltung vergleichbarer Wachstumsraten in 2008 nur bei Ausweitung der privaten Konsumausgaben erreicht werden kann, da sich Ausrüstungsinvestitionen und Außenhandel nur noch abgeschwächt entwickeln werden.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes für die Jahre 2005 – 2007 sowie seine Verwendung, insbesondere im Bereich der Bauinvestitionen, ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	2005	2006	2007
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	+0,8%	+2,9%	+2,5%
Private Konsumausgaben	+1,4%	+2,3%	+1,4%
Konsumausgaben des Staates	+1,4%	+1,0%	+2,4%
Ausrüstungsinvestitionen	+4,9%	+7,1%	+7,6%
Bauinvestitionen	-2,2%	+6,8%	+8,3%

Für das Jahr 2008 wird eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von unter 2% erwartet. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der US-Immobilienkrise sind an dieser Stelle jedoch nur schwer abzuschätzen.

Mittlerweile profitiert auch der **Arbeitsmarkt** von dieser konjunkturellen Erholung. Das Vorjahresniveau der Arbeitslosigkeit wurde erneut deutlich unterschritten. So sank die Zahl der Arbeitslosen von Dezember 2006 bis Dezember 2007 um 602.000 auf 3.406.000. Die Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum von 9,1% auf 8,1%. Die Prognosen für 2008 gehen von einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,9% bei einem Jahresdurchschnitt von 3,5 Mio. Arbeitslosen aus.

Der **Kapitalmarkt** ist weiterhin gekennzeichnet durch ein im langjährigen Vergleich niedriges Zinsniveau. Allerdings waren gegen Jahresende im Kreditneugeschäft der deutschen Banken Erhöhungen der Zinssätze gegenüber 2006 zu verzeichnen. Die Finanzmarktkrise führte dann zu einem wahrscheinlich vorübergehenden Rückgang der Zinssätze zum Jahresende 2007. Für 2008 wird auf Grund der bei den Banken erforderlichen Risikoneubewertung mit tendenziell steigenden Zinssätzen gerechnet.

Die Triebfeder des Aufschwungs im Bereich der **Bauwirtschaft** war wie schon im Jahre 2006 die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten.

Der Wohnungsbau hat 2007 unter den Spätfolgen der Sonderkonjunktur 2006 (Wegfall Eigenheimzulage / Erhöhung Mehrwertsteuer) gelitten. Für 2007 wird in der Branche mit einem Umsatzplus von nominal 4,0% und einer Beschäftigtenzahl von ca. 714.000 Personen gerechnet. Den Prognosen zufolge wird sich das Umsatzplus für 2008 auf nominal 3,0% reduzieren bei einer unveränderten Anzahl der Beschäftigten. Auch in 2008 zeichnet sich ab, dass der Aufschwung weitestgehend durch den Wirtschaftsbau getragen wird.

Im **Immobilienmarkt** erfolgten – insbesondere durch die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen – keine neuen großen Paketverkäufe. Einige in Vorjahren von Finanzinvestoren erworbene Bestände wurden (teilweise bereits zum dritten Mal) weiterveräußert.

Im Jahr 2008 wird voraussichtlich der Verkauf der Landesanteile an der LEG NRW die größte Einzeltransaktion sein. Anfängliche Kursgewinne der Immobilienaktien konnten im Laufe des Jahres 2007 nicht gehalten werden, insgesamt fiel der DIMAX bis zum Jahresende 2007 auf den Stand von Ende 2005 zurück.

Die Wohnungsnachfrage lief regional sehr unterschiedlich. In einigen Metropolen wie München und Frankfurt hält ein knappes Wohnungsangebot die Mieten auf hohem Niveau. Der durchschnittliche Leerstand beträgt in Westdeutschland 7%, in Ostdeutschland 14%. Eine Änderung dieser Leerstandstendenzen ist im Moment nicht abzusehen.

Die Nettokaltmieten betragen im Bundesdurchschnitt 4,80 € pro qm, in sogenannten strukturschwachen Regionen werden teilweise aber nur 3,00 € pro qm erreicht. Die Steigerung der Betriebskosten insbesondere im Bereich der Energieversorgung hält (wie schon im Vorjahr) an und führt bei einem Teil unserer Mieterinnen und Mieter zu nicht völlig unbedenklichen Belastungen.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund ist der **Geschäftsverlauf für unser Unternehmen** im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Die Leerstandsquote ist gegenüber dem Vorjahr (2,67 %) zwar auf 3,12 % gestiegen. Ursache hierfür waren nahezu ausschließlich gewollte Leerstände für Modernisierungs- und Verkaufsobjekte. Die Fluktuationsrate ist von 12,0 % (Vorjahr) auf 10,7 % gesunken.

Aufgrund des mittelfristig unbefriedigenden Verlaufs der Geschäftstätigkeit im Geschäftsfeld Bauträgergeschäft werden wir in diesem Bereich nur noch bereits begonnene Projekte abwickeln.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von T€ 1.313 (im Vorjahr T€ 444). Die positive Ergebnisentwicklung in 2007 gegenüber 2006 resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung der Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung sowie der Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge, deren Anstieg im Wesentlichen aus vermehrten Althausverkäufen resultiert. Es ist beabsichtigt, wie im Vorjahr, eine Dividende von 22,00 € je Stückaktie (T€ 340,6) auszuschütten und einen Betrag von T€ 900,0 in die Gewinnrücklage einzustellen. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer 2.2 verwiesen.

Das Unternehmen verwaltete (einschließlich der zum 31.12. erworbenen LEG-Objekte) am 31.12.2007 4.461 (Vorjahr 4.334) eigene Wohnungen sowie folgende Objekte Dritter: 329 WE, 154 Gewerbeeinheiten, 428 Garagen/Stellplätze und 9 WEG. Von den eigenen Objekten unterlagen 3.504 der Kostenmiete. Im Besitz des Unternehmens befinden sich weiterhin 23 Gewerbeeinheiten sowie 1.025 Garagen und 701 Stellplätze. In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

Willich	646 WE
Krefeld	138 WE
Meerbusch	695 WE
Nettetal	844 WE
Grefrath	198 WE
Brüggen	146 WE
Viersen	792 WE
Kempen	457 WE
Schwalmtal	371 WE
Tönisvorst	107 WE
Niederkrüchten	21 WE
Geldern	46 WE

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Bereichen kann direkt der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete des Unternehmens betrug in 2007 4,14 € pro qm. Am Bilanzstichtag betrug der Leerstand 135 WE (davon 57 WE marktbedingt).

Neben den geplanten Großinstandhaltungen wurden im Geschäftsjahr T€ 1.648 für Modernisierungen in die Bauten des Anlagevermögens investiert. Als wesentliche Maßnahme sind hier die Vollmodernisierungen unserer Objekte Krefeld, Geldernsche Straße, Neersen, Virmondstraße und Osterath, Fröbelstraße zu nennen. Weitere Modernisierungsmaßnahmen betrafen Wohnungszusammenlegungen sowie Einbau von Heizungen und Bädern. Im Bereich der Großinstandhaltung lag der Schwerpunkt im Bereich von Dach- und Fassadenmodernisierung.

Im Neubaubereich lag der Schwerpunkt unserer Tätigkeit auf der Errichtung von 23 Seniorenwohnungen (Servicewohnen) in Brüggen-Bracht, Nordwall, 12 Wohnungen in 2 Stadtvillen in Willich, Martin-Rieffert-Straße sowie die Errichtung eines Bürogebäudes in Willich, Gewerbegebiet „Stahlwerk Becker“, das durch die Stadt Willich angemietet wurde. Die Fertigstellung der beiden Wohnbauprojekte ist für Mitte bzw. Ende 2008 vorgesehen. Das Bürogebäude konnte bereits an den Mieter übergeben werden.

Darüber hinaus hat das Unternehmen zum 31.12.2007 insgesamt 140 Wohnungen sowie 15 Gewerbeeinheiten und 93 Garagen/Einstellplätze in Viersen, Kaldenkirchen und Geldern der LEG NRW Gruppe erworben.

## 1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2004 – 2007 einschließlich der zugrunde liegenden finanziellen Größen in der folgenden Tabelle dargestellt.

	in	2007	2006	2005	2004
Bilanzsumme	T€	120.917	112.686	110.065	109.933
Sachanlagevermögen	T€	101.271	97.606	95.788	94.648
Sachanlagenintensität	%	88,7	87,0	87,0	86,1
Investitionen in Sachanlagen	T€	12.276	4.139	3.360	6.247
Planmäßige Abschreibungen	T€	2.569	2.471	2.500	2.426
Sachanlagenabnutzungsgrad	%	36,3	38,8	38,2	36,5
Eigenkapital	T€	32.331	31.358	31.254	30.997
Eigenkapitalquote	%	26,7	27,8	28,4	28,2
Langfristiges Fremdkapital	T€	69.285	66.977	67.447	68.497
Finanzierungsquote	%	57,3	59,4	61,3	62,3
Cashflow Jahresüberschuss + Abschreibungen Anlagevermögen und Umsatzerlöse	T€	4.143	3.024	3.085	2.866
durchschnittliche Sollmiete	€/qm/mtl.	4,14	4,09	4,07	3,98
Instandhaltungskosten	€/qm/mtl.	1,45	1,50	1,52	1,68
Fluktuationsquote	%	10,7	12,0	11,0	10,8
Marktbedingter Leerstand	%	1,3	0,9	1,1	1,2

## 1.3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr insgesamt 48 (Vorjahr 48) Mitarbeiter, darin enthalten sind 3 Handwerker und 4 Auszubildende. Im kaufmännischen Bereich ist die Mitarbeiterschaft im Wesentlichen durch Kaufleute der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft geprägt, im technischen Bereich sind es die Techniker und Architekten.

Die Vergütung erfolgt seit dem 1.10.2005 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TvÖD) besonderer Teil Sparkassen (BT-S).

Als Altersvorsorge sind alle Mitarbeiter bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse versichert. Der Beitrag beträgt zurzeit 6,75 % bis zur Beitragsbemessungsgrundlage der Rentenversicherung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es ermöglicht durch einen Rahmenvertrag mit der Sparkassen-Pensionskasse eine zusätzliche Altersversorgung durch Gehaltsumwandlung aufzubauen.

Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung betragen im Berichtsjahr T€ 67,2 (Vorjahr T€ 27,7).

Die Hausmeistertätigkeiten sowie die Tätigkeiten des sog. Regiebetriebs (Arbeiten im Bereich Grünpflege, Malerarbeiten, Fliesenarbeiten sowie Aufräum- und sonstige Arbeiten) werden seit dem 01.01.2006 vollständig durch die GWG Dienstleistungs-GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft, durchgeführt. In diesem Zusammenhang sind die drei Handwerker im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages seit dem 01.01.2006 bei der GWG Dienstleistungs-GmbH tätig.

## 2. Darstellung der Lage

### 2.1. Vermögens- und Finanzlage

	2007			Vorjahr		
	gesamt		davon	gesamt		davon
	T€	%	kurzfristig T€	T€	%	kurzfristig T€
<b>Vermögen</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	25	0,0	0	20	0,0	0
Grundstücke mit Bauten	103.921	85,9	0	94.712	84,2	0
Übrige Sachanlagen	3.351	2,8	0	2.894	2,4	0
Finanzanlagen	699	0,6	0	658	0,6	0
<b>Anlagevermögen</b>	<b>107.996</b>	<b>89,3</b>	<b>0</b>	<b>98.284</b>	<b>87,2</b>	<b>0</b>
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	6.056	5,0	6.056	6.358	5,6	6.358
Übrige Vorräte	5.988	5,0	5.988	5.804	5,2	5.804
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	403	0,3	403	306	0,3	306
Liquide Mittel	321	0,3	321	1.788	1,6	1.788
Rechnungsabgrenzungsposten	153	0,1	0	146	0,1	0
<b>Umlaufvermögen/RAP</b>	<b>12.291</b>	<b>10,7</b>	<b>12.768</b>	<b>14.402</b>	<b>12,8</b>	<b>14.256</b>
<b>Kapital</b>						
Gezeichnetes Kapital	8.127	6,7	0	8.127	7,2	0
Gewinnrücklagen	23.214	19,2	0	23.114	20,5	0
Restbilanzergebnis	990	0,8	0	117	0,1	0
<b>Eigenkapital</b>	<b>32.331</b>	<b>26,7</b>	<b>0</b>	<b>31.358</b>	<b>27,8</b>	<b>0</b>
Rückstellungen	1.646	1,4	1.385	656	0,6	448
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	72.252	59,7	3.227	71.580	63,5	4.603
Erhaltene Anzahlungen	6.775	5,6	6.775	7.179	6,4	7.179
Übrige Verbindlichkeiten	7.572	6,3	7.572	1.572	1,5	1.572
Ausschüttungsvorschlag	341	0,3	341	341	0,3	341
<b>Fremdkapital</b>	<b>88.586</b>	<b>73,3</b>	<b>19.301</b>	<b>81.328</b>	<b>72,2</b>	<b>14.143</b>
	<b>120.917</b>	<b>100,0</b>	<b>19.301</b>	<b>112.686</b>	<b>100,0</b>	<b>14.143</b>

Die Bilanzsumme hat sich um T€ 8.231 auf nunmehr T€ 120.917 erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg waren auf der Aktivseite – bedingt durch unsere Bau- und Modernisierungstätigkeit sowie den Ankauf der LEG-Objekte – der Zuwachs des Anlagevermögens (Grundstücke mit Bauten bzw. Anlagen im Bau) um insgesamt T€ 9.209. Diesem Zuwachs stand eine Abnahme der liquiden Mittel in Höhe von T€ 1.467 gegenüber.

Auf der Passivseite spiegelt sich die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern (+ T€ 672) sowie bei den übrigen Verbindlichkeiten (+ T€ 6.000) wider. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dient ausschließlich der Finanzierung der Zugänge des Anlagevermögens. Die Erhöhung der übrigen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf der LEG-Objekte zum 31.12.2007.

Die Bilanz zum 31.12.2007 enthält mit T€ 108.149 (89,4 %) langfristig gebundenes Vermögen, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anlagevermögen. Das kurzfristig gebundene Vermögen in Höhe von T€ 12.768 enthält im Wesentlichen Verkaufsgrundstücke, abzurechnende Betriebskosten sowie liquide Mittel.

Dieses Vermögen wird durch T€ 101.616 (84,0 %) langfristige sowie T€ 19.301 kurzfristige Mittel finanziert. Die zur Finanzierung des Ankaufes der LEG-Objekte notwendigen langfristigen Finanzierungsmittel sind vereinbart, aber noch nicht valutiert, da sich der Kaufvertrag zum 31.12.2007 noch in der Abwicklung befand. Nach Valutierung sind die langfristigen Vermögenswerte sowie auch die Investitionen für in Durchführung befindliche Baumaßnahmen durch valutierte bzw. zu valutierende langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Liquidität war über das ganze Jahr 2007 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2008 gesichert

## 2.2. Ertragslage

Die Entstehung des im Jahre 2007 erzielten Jahresüberschusses wird – einschließlich der Vergleichszahlen des Vorjahres – anhand einer von der Summe der Deckungsbeiträge ausgehenden Analyse, abgeleitet aus der Gewinn- und Verlustrechnung, dargestellt.

	2007	2006
	T€	T€
<b>A) Ordentliche Rechnung</b>		
Deckungsbeiträge aus		
Hausbewirtschaftung	3.524	3.304
Bauträgertätigkeit	300	-260
Betreuungsgeschäft	135	144
Verkauf von Bauten	642	154
sonstiges	315	429
<b>Summe Deckungsbeiträge</b>	<b><u>4.916</u></b>	<b><u>3.617</u></b>
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen		
Personalaufwand	2.432	2.341
Sonstiger Aufwand	1.011	874
<b>Betriebliches Leistungsergebnis</b>	<b><u>1.473</u></b>	<b><u>402</u></b>
Finanzergebnis	100	54
<b>Ergebnis der ordentlichen Rechnung</b>	<b>1.573</b>	<b>456</b>
<b>B) Neutrales Ergebnis</b>	<b>-106</b>	<b>142</b>
<b>C) Ertragssteuern</b>	<b>154</b>	<b>154</b>
<b>D) Jahresergebnis</b>	<b><u>1.313</u></b>	<b><u>444</u></b>

Im Bereich der Hausbewirtschaftung stehen im Wesentlichen den Erlösen aus Vermietung (T€ 14.151) Instandhaltungskosten von T€ 5.074, Abschreibung von T€ 2.373 sowie Kapitalkosten von T€ 2.387 gegenüber. Die Erhöhung des Deckungsbeitrages gegenüber dem Vorjahr um T€ 220 resultiert aus dem Anstieg der Erlöse aus Vermietung.

Der Deckungsbeitrag aus der Bauträgertätigkeit, dessen Vorjahres-Negativsaldo im Wesentlichen durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen geprägt war, enthält u.a. Veräußerungserlöse einer Bauträgermaßnahme auf einem Bestandsgrundstück.

Die ordentliche Rechnung schließt mit einem gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.117 erhöhten Ergebnis von T€ 1.573 ab. Neben den bereits erläuterten Verbesserungen der Deckungsbeiträge aus Hausbewirtschaftung und Bauträgertätigkeit ist dafür der um T€ 488 erhöhte Deckungsbeitrag aus dem Verkauf von Bauten des Anlagevermögens ursächlich.

Das neutrale Ergebnis enthält auf der Ertragsseite im Wesentlichen Eingänge auf abgeschriebenen Mietforderungen und Auflösung von Rückstellungen. Die Aufwandseite enthält mit T€ 208 Sonderabschreibungen für zum Abbruch vorgesehene Gebäude.

### **3. Nachtragsbericht**

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2007 eingetreten.

### **4. Risikobericht**

#### **4.1 Risiken der künftigen Entwicklung**

Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 47 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum einen die Schadenshöhe (gering, erheblich, schwerwiegend) und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit (unwahrscheinlich, möglich, sehr wahrscheinlich) berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in 6 Risikoklassen eingeordnet. In den zwei höchsten Risikoklassen sind keine Risiken vorhanden. Es gibt also weder wirtschaftliche noch rechtliche Gefährdungspotenziale, die innerhalb eines Prognosezeitraums von 2 Jahren zu einer Gefährdung des Unternehmens führen. Die Entwicklung einer Tochtergesellschaft wurde im Geschäftsjahr in die 3. höchste Risikoklasse eingestuft. Das maximale Risiko liegt bei T€ 166.

Für die bestehenden geringfügigen Einzelrisiken ist durch entsprechende Wertberichtigung, Rückstellung u.ä. Vorsorge getroffen worden.

#### **4.2 Chancen der künftigen Entwicklung**

Die in den letzten Jahren auf Grundlage eines Portfoliomanagements kontinuierlich durchgeführte Modernisierung bietet zukünftige Ertragspotenziale. Auch das Auslaufen der Wohnungsbindung für ca. 2.000 WE bis zum Jahre 2010 trägt zu einem zukünftigen kontinuierlichen Ertragswachstum bei.

Der Neubaubereich mit seinen Investitionsschwerpunkten „Reihenhäuser für kinderreiche Familien“ sowie „Service-Wohnen für ältere Mitbürger“ trägt dazu bei, das Unternehmen auf zukünftige Markterfordernisse einzustellen.

#### **4.3 Finanzinstrumente**

Als Finanzierungsinstrumente im Bereich unseres Unternehmens sind zu nennen: auf der Aktivseite Finanzanlagen und Forderungen sowie auf der Passivseite Verbindlichkeiten. Weitere Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Optionen, Derivate oder ähnliches) werden nicht eingesetzt.

Als wesentliches Finanzinstrument sind hierbei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern in Höhe von 72,2 Mio. € zu sehen. Es handelt sich dabei in der Regel um von Dritten gewährte hypothekarisch abgesicherte Darlehen zur Finanzierung unseres Anlagevermögens. Bezüglich der Einzelheiten wird auf den Verbindlichkeitspiegel im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen. Das Zinsrisiko (Preisänderungsrisiko) wird zum einen wegen der Verteilung der Zinsbindungsfristen auf unterschiedliche Zeiträume und zum anderen wegen der derzeit und absehbar relativ stabilen Zinssituation als gering angesehen. Die übrigen Risiken von Finanzierungsinstrumenten (Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) sind in diesem Bereich nicht erkennbar bzw. durch den kontinuierlichen Mittelzufluss der Mieten entsprechend abgesichert.

Im Bereich der Forderungen sind eventuell bestehende Ausfallrisiken durch Wertberichtigungen antizipiert. Weitere Risiken sind hier nicht erkennbar.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen, bei denen Finanzierungsrisiken nicht bestehen.

## **5. Prognosebericht**

Auf Grund der regional diversifizierten Studien von Empirica (Wirtschaften und Wohnen in Deutschland, regionale Prognosen bis 2015, Wohnungsmarktentwicklung bis 2030) sowie des Pestel-Institutes (regionale Prognosen Bevölkerung, Haushalte, Wohnungsbedarf und Wohnungsnachfrage bis 2010) ist für unseren regionalen Tätigkeitsbereich zumindest bis 2010 noch mit einem leichten Anstieg der Haushalte und damit einer leicht wachsenden Nachfrage zu rechnen. Auf Grund dieser Prognosen sieht das Unternehmen seine Bestandsgröße als insgesamt optimal an. Der Schwerpunkt der Weiterentwicklung wird daher im Bereich der Modernisierung gesetzt. Schwerpunkte in einem insgesamt geringen Neubauprogramm werden die Bereiche altersgerechtes Wohnen (Produkt: Service-Wohnen) sowie Wohnen für junge Familien (Produkt: Reiheneinfamilienhaus zur Miete) sein. Auf Grund unserer mittelfristigen Wirtschaftsplanung rechnen wir bei leicht steigenden Umsätzen und geplanten weiteren Modernisierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre mit einem Jahresüberschuss in der Größenordnung von T€ 800 – T€ 1.000. Das Bauträgergeschäft wird von uns rückläufig betrieben.

**Viersen, den 22.02.2008**

**Der Vorstand**

**Dipl.-Kfm.**

**Diether Thelen**

**Peter Ottmann**

## **Bauverein Meerbusch e.G.**

**Adresse:** Dorfstr. 12, 40667 Meerbusch  
**Gründungsdatum:** 11.03.1950  
**Satzung (letzte Fassung):** 21.03.1997  
**Ratsbeschluss:** 30.04.1951 (Erwerb von Anteilen)

### **Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 der Satzung)**

1. Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.
2. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.
3. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen; Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gem. § 28 die Voraussetzungen.

### **Genossen 31.12.2007**

Geschäftsguthaben von 913 Mitgliedern = 1.606.216,96 €

### **Beteiligung der Stadt**

495 Gesamtanteile (10 Pflicht- und 485 weitere Anteile)  
495 Anteile á 153,39 € = 75.928,05 €

### **Organe**

Vorstand  
Aufsichtsrat  
Mitgliederversammlung

### **Vertreter im Aufsichtsrat**

Ratsherr Dieter Jüngerkes  
Ratsfrau Renate Kox

### **Vertreter in der Mitgliederversammlung**

Angelika Mielke-Westerlage, I. Beigeordnete

## **Rücklage-, Gewinn- und Verlustregelung lt. Satzung**

### **§ 39**

1. Es ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Sie ist ausschließlich zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes bestimmt.
2. Der gesetzlichen Rücklage sind mindestens 10 % des Jahresüberschusses abzgl. eines Verlustvertrages zuzuweisen, bis die gesetzliche Rücklage 50 % des Gesamtbetrages der in der Jahresbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten erreicht hat. Die gesetzliche Rücklage ist bei der Bilanz zu bilden.

### **§ 40**

1. Der Bilanzgewinn kann unter die Mitglieder als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Ergebnissrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.
2. Der Gewinnanteil darf 4 % des Geschäftsguthabens nicht übersteigen. Sonstige Vermögensvorteile, die nicht als angemessene Gegenleistung für besondere geldwerte Leistungen anzusehen sind, dürfen den Mitgliedern nicht zugewendet werden.
3. Die Verteilung des Gewinnanteils erfolgt nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist. Die Gewinnanteile sind 14 Tage nach der Mitgliederversammlung fällig.
4. Fällige Gewinnanteile werden durch Überweisung ausgezahlt. Der Anspruch auf Auszahlung der Gewinnanteile verjährt, wenn sie nicht innerhalb von drei Jahren nach Fälligkeit abgeholt sind.
5. Solange ein Geschäftsanteil nicht voll eingezahlt ist, wird der Gewinnanteil nicht ausgezahlt, sondern dem Geschäftsguthaben zugeschrieben. Das gilt auch, wenn das Geschäftsguthaben zur Deckung eines Verlustes vermindert worden ist.

### **§ 41**

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Mitgliederversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, in welchem Umfang der Verlust durch Verminderung der Geschäftsguthaben oder Heranziehung der gesetzlichen Rücklage zu beseitigen ist. Werden die Geschäftsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der Verlustanteil nicht nach dem vorhandenen Geschäftsguthaben, sondern nach dem Verhältnis der satzungsgemäßen Pflichtzahlungen bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist, berechnet, auch wenn diese noch rückständig sind.

## Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein Jahresüberschuss von 451 T€ erzielt. Das Ergebnis lag damit um 79 T€ über dem des Vorjahres.

Die Verbesserung ist vor allem auf die erfolgswirksamen Zuschüsse der Flughafen Düsseldorf GmbH für den Einbau von Schallschutzfenstern der Vergangenheit (30 T€) und des Berichtsjahres (40 T€) zurück zu führen.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Entwicklung der Ertragslage:

	2007 T€	2006 T€	Veränderung T€
Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderung	3.898	3.972	-74
Andere aktivierte Eigenleistungen	27	0	27
Andere betriebliche Erträge	170	80	90
<b>Betriebsleitung</b>	<b>4.095</b>	<b>4.052</b>	<b>43</b>
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.877	1.938	-61
Personalaufwand	557	549	8
Abschreibungen	459	465	-6
Andere betriebliche Aufwendungen	117	110	7
Zinsaufwand	543	534	9
Gewinnunabhängige Steuern	95	95	0
<b>Aufwendungen Betriebsleistung</b>	<b>3.648</b>	<b>3.691</b>	<b>-43</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>447</b>	<b>361</b>	<b>86</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>7</b>	<b>14</b>	<b>-7</b>
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>454</b>	<b>375</b>	<b>-43</b>
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	3	3	0
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>451</b>	<b>372</b>	<b>79</b>
Erstellung in Ergebnismrücklagen	390	310	80
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>61</b>	<b>62</b>	<b>-1</b>

**Bauverein Meerbusch eG**

- Der Vorstand -



## Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG

**Adresse:** Moselstr. 14, 41464 Neuss  
**Gründungsdatum:** 07.11.1989  
**Gesellschaftsvertrag:** 07.11.1989  
**Ratsbeschluss:** 12.12.1989 (Beitritt)  
**Sendebeginn: „NE-WS 89,4“:** 01.12.1991

### Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag):

Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben, sind:

- die zur Produktion und zur Verarbeitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zu stellen;
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten;
- Beteiligung an anderen Unternehmungen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck, derartige Unternehmen zu erwerben,
- Tochtergesellschaften zu gründen, Zweigniederlassungen zu errichten sowie alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vorzunehmen.

### Gesellschaftskapital

770.000,-- €

### Kommanditisten

Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG	577.500 €	75,0%
Kreis Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Neuss	53.900 €	7,0%
<b>Stadt Meerbusch</b>	<b>15.400 €</b>	<b>2,0%</b>
Stadt Grevenbroich	15.400 €	2,0%
Stadt Dormagen	15.400 €	2,0%
Stadt Kaarst	15.400 €	2,0%
Stadt Korschenbroich	11.550 €	1,5%
Gemeinde Jüchen	7.700 €	1,0%
Gemeinde Rommerskirchen	3.850 €	0,5%

Der Erwerb des Kommanditanteils von 2 % erfolgte durch Vertrag über eine Veräußerung einer Kommanditbeteiligung vom 07./21.08.1990 mit Wirkung zum 01.10.1990 von der bis dahin einzigen Kommanditistin Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG. Sie veräußerte 1990 insgesamt 25 % ihrer Kapitaleinlage von 766.937,81 € = 1,5 Mio DM.

### Bewertung der Städtischen Beteiligung

anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007: 15.900,00 €

Neben der unmittelbaren Beteiligung an der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG ist die Stadt Meerbusch mittelbar an der 100%igen Beteiligung der KG an deren Komplementärin und persönlich haftenden Gesellschafterin, nämlich der Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH, beteiligt.

### Organe

- Geschäftsführung durch die Komplementärin Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH
- Kommanditisten (s. o.)
- Gesellschafterversammlung

### Vertreter in der Gesellschafterversammlung

Bürgermeister Spindler  
Vertreter: StOVR Thomas Fox

### Gewinn- und Verlustregelung lt. Gesellschaftsvertrag § 9 Abs. 5

Ein verbleibender Gewinn oder Verlust wird entsprechend der Beteiligung am Gesellschaftskapital auf die Gesellschafter verteilt. Verluste sind auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvorkonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, der Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Neuss e. V. die erforderlichen Anlagen und finanziellen Mittel zum Betreiben eines lokalen Rundfunks zur Verfügung zu stellen und sich Einnahmen durch Werbung zu verschaffen. Das Lokalradio darf aufgrund vertraglicher Vereinbarung Werbung nur von der Gesellschaft übernehmen.

### Ergebnisse der Gesellschaft

Jahr	Bilanzsumme	Eigenkapital	Gewinn/Verlust	Eigenkapital- quote
	T €		€	
1994	561	440	347.079,73	78,49%
1995	1.184	1.035	585.125,82	87,48%
1996	1.497	1.237	498.806,37	82,66%
1997	1.002	888	-160.168,36	88,55%
01.01.98-30.09.98	833	625	259.380,73	74,96%
01.10.98-30.09.99	724	582	-48.668,68	80,34%
01.10.99-30.09.00	815	653	77.794,78	80,13%
01.10.00-30.09.01	1.187	773	368.093,40	65,12%
01.10.01-30.09.02	1.133	860	112.299,58	75,90%
01.10.02-30.09.03	1.561	796	81.710,06	50,99%
01.10.03-30.09.04	1.374	796	115.967,43	57,93%
01.10.04-30.09.05	1.625	796	450.666,78	48,98%
01.10.05-30.09.06	1.579	796	324.442,94	50,41%
01.10.06-30.09.07	1.471	796	347.789,00	54,11%

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11.12.1997 ist das Geschäftsjahr umgestellt worden. Es läuft seit dem vom 01.10. bis 30.09. des Folgejahres.

## IT-Kooperation Rheinland

<b>Adresse:</b>	Markt 2, 41460 Neuss
<b>Gründungsdatum:</b>	01.01.1999
<b>Rechtsform:</b>	Zweckverband
<b>Verbandssatzung (letzte Fassung):</b>	11. Dezember 2007

Der Zweckverband führte bis zum 31. Dezember 2007 den Namen Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss (KDVZ). Zum 01.01.2008 ist die Landeshauptstadt Düsseldorf in den Zweckverband KDVZ Neuss eingetreten. Zeitgleich ist die Umbenennung in IT-Kooperation Rheinland erfolgt.

### **Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Verbandssatzung)**

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Software-, Qualifizierungs-, und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen.

### **Stammkapital**

100.000,00 €

### **Bewertung der Städtischen Beteiligung (8%)**

**anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007:** 77.000,00 €

### **Organe**

Geschäftsführer  
Verbandsvorsteher  
Verwaltungsrat  
Verbandsversammlung

### **Mitglieder des Verwaltungsrates**

Bürgermeister Dieter Spindler

### **Mitglieder der Verbandsversammlung**

Bürgermeister Dieter Spindler  
Ratsherr Werner Damblon  
Ratsherr Hans Werner Schoenauer  
Ratsherr Wolf Meyer-Ricks

## Bilanz zum 31.12.2007

## ITK Rheinland

### Aktiva

	31.12.2007 €	31.12.2006 €
<b>Anlagevermögen</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	918.242	926.929
Sachanlagen	215538	236.799
Finanzanlagen	9650	10.161
	<b>1.143.430</b>	<b>1.173.889</b>
<b>Umlaufvermögen</b>		
Vorräte	19014	43.200
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.208.899	11.651.654
	<b>13.227.913</b>	<b>11.694.854</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>347.548</b>	<b>264.002</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>14.718.891</b>	<b>13.132.744</b>

### Passiva

	31.12.2007 €	31.12.2006 €
<b>Eigenkapital</b>		
Stammkapital	100.000	100.000
Allgemeine Rücklage	864.907	100.000
Zweckgebundene Rücklage	127.069	476.978
Bilanzgewinn	1.245.816	553.793
	<b>2.337.792</b>	<b>1.230.771</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>9.410.789</b>	<b>11.274.909</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>669.053</b>	<b>443.664</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>185.077</b>	<b>183.400</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>14.718.891</b>	<b>13.132.744</b>

## Gewinn- u. Verlustrechnung

## ITK RHEINLAND

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
1. Umsatzerlöse	13.185.714	13.903.813 €
2. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-17.000	0 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	391.840	207.636 €
4. Materialaufwand	-5.541.673	-5.859.081 €
5. Personalaufwand	-5.600.369	-6.296.909 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-411.800	-554.330 €
7. Sonstige Betriebliche Aufwendungen	-1.226.572	-1.348.123 €
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	340	349 €
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	326.540	223.824 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-8.542 €
11. <b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.107.020</b>	<b>268.638 €</b>
12. Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	553.793	528.673 €
13. Entnahme aus den zweckgebundenen Rücklagen	138795	285.155 €
14. Einstellungen in die zweckgebundene Rücklage	-553793	-211.114 €
15. Verrechnung mit der Einstandsverpflichtung	0	-317.559 €
16. <b>Bilanzgewinn</b>	<b>1.245.815</b>	<b>553.793 €</b>

## Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2007

### **A. Allgemeines**

Die IT-Kooperation Rheinland (vormals: Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss) wird in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt. Seine Vorstandsmitglieder sind die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss sowie der Rhein-Kreis Neuss.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, für seine Verbandmitglieder technikunterstützte Informationsverarbeitung im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes bereitzustellen.

### **B. Ertragslage**

Die ITK Rheinland hat im Wirtschaftsjahr 2007 ihren Plan erfüllt. Im Vergleich zum Wirtschaftsplanansatz ist der Jahresgewinn um 1.107 T€ höher ausgefallen. Höhere Erträge wurden bei den Erlösen von Dritten aus den Competence-Centern Sozial-/Jugendwesen sowie bei den Zinserträgen erzielt. Zu Minderausgaben kam es bei den Aufwendungen für Softwarewartung, Beratung durch Koordinatoren sowie für das eigene Personal. Auch die Entnahme für drohende Verluste wirkte sich positiv auf das Ergebnis aus.

Die Stadt Neuss hat die ITK Rheinland mit der Beschaffung und der Installation von insgesamt 3.000 PCs in Neusser Schulen beauftragt. Dies beinhaltet auch die erforderlichen Supportleistungen sowie die Ausstattung mit einer sogenannten pädagogischen Oberfläche zur Steuerung des PC-gestützten Unterrichts durch die Lehrer. Inzwischen sind 1.426 PCs installiert.

Mit ihrem ASP-Dienstleistungsangebot bietet die ITK Rheinland ihren Verbandsmitgliedern die Möglichkeit, durch Konzentration im Server-Betrieb Synergieeffekte zu erzielen. Nach den Verbandsmitgliedern Jüchen, Kaarst, Neuss und Rommerskirchen haben sich auch die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Stadt Mönchengladbach entschieden, zukünftig dieses Angebot in den wichtigen Verfahrensbereichen Einwohnerwesen und Ausländerwesen sowie im Jugendwesen zu nutzen.

### **C. Vermögenslage**

Die Vermögenslage ist gut. Die Anlagendeckung betrug ohne Berücksichtigung der langfristigen Verbindlichkeiten 204,4 % (Vorjahr: 104,9 %). Die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert sein soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden 381,8 T€ in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelte es sich überwiegend um Softwarelizenzen. Die getätigten Investitionen wurden zu 107,8 % durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln, somit ohne Kreditaufnahme.

### **D. Finanzlage**

Die Liquidität des Zweckverbandes ist durch ausreichende flüssige Mittel gesichert. Die Abstimmung von Fremdkapitalaufnahme und Kapitalbedarf erfolgt mit Hilfe des Vermögens- und Finanzplans.

Die wesentlichen Daten der Finanzlage können der nachfolgenden Kapitalflussrechnung entnommen werden.

	<u>2007</u>	<u>2006</u>
	TEUR	TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1.107	269
Abschreibungen/Zuschreibungen		
+ / - auf Gegenstände des Anlagevermögens	412	554
+ / - Zunahme der langfristigen Rückstellungen	<u>453</u>	<u>834</u>
<b>= Cash-Flow i.e.S</b>	<b><u>1.972</u></b>	<b><u>1.657</u></b>
Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht		
+ der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen	<u>104</u>	<u>555</u>
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht		
+ der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen	<u>26</u>	<u>362</u>
<b>= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b><u>2.102</u></b>	<b><u>2.574</u></b>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-57	-64
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlageverm.	-326	-817
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen		
+ des Finanzanlagevermögens	<u>1</u>	<u>3</u>
<b>= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b><u>-382</u></b>	<b><u>-878</u></b>
- Auszahlungen an Unternehmenseigner (Dividenden)	0	-318
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und		
- (Finanz-)Krediten	<u>0</u>	<u>-186</u>
<b>= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b><u>0</u></b>	<b><u>-504</u></b>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	1.720	1192
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>5.742</u>	<u>4550</u>
<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b><u>7.462</u></b>	<b><u>5742</u></b>
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
- Zahlungsmittel	<b>0</b>	<b>0</b>
- Zahlungsmitteläquivalente	<u><b>7.462</b></u>	<u><b>5.742</b></u>
	<u><b>7.462</b></u>	<u><b>5.742</b></u>

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 15,9 % (Vorjahr 9,4%).

Zum Bilanzstichtag stehen Forderungen einschließlich der liquiden Mittel (13.193 T€) kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 1.958 T€ gegenüber. Die langfristigen Rückstellungen in Höhe von 10.237,4 T€ (Vorjahr 9.784,8 T€) haben zum Bilanzstichtag einen Anteil von 69,5 % (Vorjahr: 74,5 %) an der Bilanzsumme.

## **E. Nachtragsbericht**

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Einfluss hatten.

Zum 1. Januar 2008 ist die Fusion der IT-Bereiche der Landeshauptstadt Düsseldorf mit der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Neuss durch Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Zweckverband und gleichzeitiger Umbenennung in die IT-Kooperation Rheinland beschlossen worden.

## **F. Risikobericht**

Wie die Betriebe in der Privatwirtschaft ist auch die ITK Rheinland abhängig von ihren Kunden und deren Finanzausstattung. Hierbei besteht jedoch die Besonderheit, dass die ITK Rheinland sich nahezu auf keinem offenen Markt bewegt, sondern überwiegend für ihre Mitglieder tätig wird. Die ITK Rheinland kann sich damit lediglich in dem finanziellen Rahmen bewegen und entwickeln, der durch ihre Mitglieder vorgegeben wird.

Risiken der künftigen Entwicklung der ITK Rheinland können sich aus der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Umsatzsteuer in nationales Recht ergeben. Dies würde zu einer Umsatzsteuerbelastung auf die Entgelte für die für die Mitglieder zu erbringenden Leistungen führen und damit die Leistungen der ITK Rheinland verteuern.

Gegenwärtig sieht der Vorstandsvorsteher jedoch aufgrund des bestehenden Finanzierungssystems keine wirtschaftlich bestandsgefährdete Entwicklung.

Neben den Verfahrenswechseln im Bereich des Ausländer- und Einwohnerwesens im Jahr 2008 stehen in den nächsten Jahren weitere Verfahrenswechsel an. Hierdurch werden schrittweise Verfahren vom Großrechner in eine PC-orientierte Produktionsumgebung verlagert. Erfahrungen in der anstehenden Größenordnung liegen auch bei anderen kommunalen Datenzentralen kaum vor, so dass auf entsprechende Erfahrungswerte nur eingeschränkt zurück gegriffen werden kann. Durch den Aufbau des eigenen ASP-Produktionsbetriebs verfügt die ITK Rheinland über grundlegende eigene Erfahrungen, auf denen die weiteren Schritte aufbauen können. Dennoch handelt es sich hierbei um ein mehrjähriges, sehr umfangreiches Vorhaben mit verbleibenden Risiken auf Grund der vorliegenden Komplexität.

Durch die Fusion des IT-Betriebs der Landeshauptstadt Düsseldorf mit der ITK Rheinland zur IT-Kooperation Rheinland wird der Zweckverband ab 2008 um einen weiteren leistungsfähigen Partner erweitert. Gemäß dem Gutachten der Unternehmensberatung Kienbaum ermöglicht diese Fusion erhebliche Synergieeffekte. Ein Teil dieser Synergien lässt sich jedoch nur realisieren, wenn auch zukünftig die Entscheidungen der Verbandsmitglieder bei der Auswahl neuer Verfahren im Wesentlichen zu einheitlichen Lösungen führen.

## **G. Prognosebericht und Chancen**

Die Konzentration gleichartiger IT-Aufgaben ermöglicht Synergien und Kostenvorteile für die Verbandsmitglieder. Die ITK Rheinland hat diesen Weg konsequent verfolgt, u.a. durch ihr ASP-Angebot sowie fortlaufender Prüfung der Möglichkeiten des In- und Outsourcings unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dies hat sich auch im Berichtsjahr als erfolgreich erwiesen. Die erzielten Synergieeffekte konnten im Berichtsjahr trotz Erhöhung der Umsatzsteuer auf 19% durch eine Preissenkung von 5,14 % an die Verbandsmitglieder weiter gegeben werden, nachdem bereits im Vorjahr die Preise um 2,56 % abgesenkt werden konnten.

Folgerichtig wurde der eingeschlagene Weg der Konzentration weiter verfolgt und die Möglichkeit einer Fusion mit den IT-Bereichen der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Stadt Mönchengladbach geprüft. Die Unternehmensberatung Kienbaum wurde als externer, neutraler Berater beauftragt, Chancen und Risiken einer Fusion der drei IT-Bereiche zu untersuchen. Im Ergebnis sah der Gutachter erhebliche Synergieeffekte in einem Zusammenschluss, die nach einer Konsolidierungsphase zu erreichen sind. Nach entsprechenden Beratungen in den Gremien der jeweiligen Eigentümer wurde schließlich die Fusion zwischen dem IT-Bereich der Landeshauptstadt Düsseldorf und der KDZ Neuss zum 1. Januar 2008 durch Beitritt der Landeshauptstadt Düsseldorf zum bestehenden Zweckverband bei gleichzeitiger Umbenennung in IT-Kooperation Rheinland vollzogen. In einem ersten Schritt werden die Bereiche Anwendungsentwicklung und -betreuung zusammengeführt, in einem weiteren Schritt zum 1. Januar 2009 die Bereiche Systemtechnik. Nach Aussage des Gutachters lassen sich die Synergien im Personalbereich zu einem gewissen Teil durch Insourcing realisieren, indem Tätigkeiten, die heute von

externen Dienstleistern bezogen werden, zur Synergieverwendung durch Eigenerstellung erbracht werden können. Zur Erzielung der prognostizierten Synergieeffekte ist es ebenfalls erforderlich, dass die zukünftigen Entscheidungen der Verbandsmitglieder zur Verfahrensauswahl wie bisher auch zu weitestgehend einheitlichen Lösungen führen. Ein Teil der angestrebten Synergien kann nur bei entsprechenden Beschlüssen erreicht werden.

Die ITK Rheinland erbringt Supportleistungen für das kamerale Kassenverfahren AKD-K auch außerhalb des Verbandsgebietes. Im Rahmen der Einführung von NKF wird dieses Verfahren sukzessive durch die NKF-Kasse abgelöst. Damit verringern sich die bisherigen Dienstleistungen sowie die dafür erzielten Erlöse und werden schließlich komplett entfallen.

Seit längerem ist nicht nur im Anwenderverbund der Trend erkennbar, Großrechnerverfahren durch serverbasierte PC-Verfahren abzulösen. Bis zum 31.06.2012 wird die IT-Kooperation Rheinland den Großrechner im Competence Center Rechenzentrum (KRZ Niederrhein) nutzen. Eine Umstellung von bis zu 60 bisherigen Großrechnerverfahren ist sinnvoll mit dem Auslaufen der Verträge zu planen. Trotz fundierter eigener Erfahrungen mit dem Produktionsbetrieb auch großer Anwendungen im PC-Umfeld durch den ASP-Betrieb der ITK Rheinland ist eine Umstellung dieser Größenordnung aufgrund ihrer Komplexität naturgemäß grundsätzlich mit Risiken verbunden. Konkrete Gefährdungen des Vorhabens sind zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht ersichtlich.

Darüber hinaus stellt die angespannte Haushaltslage der Verbandsmitglieder ein besonderes Risiko dar, dennoch wird für das kommende Wirtschaftsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Darüber hinaus stellt die angespannte Haushaltslage der Verbandsmitglieder ein besonderes Risiko dar, dennoch wird für das kommende Wirtschaftsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Neuss, den 25. August 2008  
IT-Kooperation Rheinland

Peter Söhngen  
Verbandsvorsteher